

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Druckanstalt  
Tageblatt Riesa,  
Herausf. Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1380,  
Verkauf:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 188.

Freitag, 12. August 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Preisveränderungen, Erhöhungen der Abne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Notationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Angelegenheiten: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Noch keine Entscheidung über das neue Reichskabinett.

### Die vielseitigen politischen Besprechungen in Berlin

Sind durch die Feiern des Verfassungstages kaum unterbrochen worden. Sie haben sogar eine interessante Wendung erhalten, die in einzelnen Kreisen überraschend gewirkt hat, weil sie zweifellos die bisher normal verlaufenden Gesichtspunkte mit einer neuen Nuance versah. Diese Wendung ist zum Teil auf einen Vorstoß des Zentrums zurückzuführen, das sich zunächst auf die Lösung der preussischen Frage bezog und die Nationalsozialisten und Deutschnationalen in Preußen zu Besprechungen über die Wahl eines preussischen Ministerpräsidenten einlud. Dieser Vorstoß geht aber nach unseren Informationen auf recht eingehende Auseinandersetzungen zurück, bei denen auch mögliche Weiterungen im Reich zum mindesten gestreift wurden, Auseinandersetzungen, an denen nicht nur Landtagsabgeordnete der Nationalsozialisten und des Zentrums, sondern auch der Deutschnationalen beteiligt waren. Auf deutschnationalen Wunsch hin ist auch der vom Zentrum vorgeschlagene Besprechungstermin auf Anfang nächster Woche verschoben worden, was als ein Zeichen dafür angesehen wird, daß nicht nur preussische Fragen, sondern auch Reichsfragen im Spiel sind.

Der Vorstoß der preussischen Zentrumskolonnen ist besonders dadurch bedeutungsvoll, daß durch ihn ein Versuch gemacht wurde, aus der Sachlage, in die die Verhandlungen im Reich hineingeraten sind, wieder herauszukommen. Die Umbildung der Reichsregierung ist auf große Schwierigkeiten gestoßen, weil auf der einen Seite die nationalsozialistischen Forderungen auf Wahrung der Amtsbefugnisse und die Umbildung einer Kandidatur Hitlers für den Reichskanzlerposten stehen, während auf der anderen Seite besonders der Reichspräsident den dringenden Wunsch hat, an der Form eines Präsidialkabinetts festzuhalten. Die Kandidatur Hitlers für den führenden Posten eines Präsidialkabinetts wird aber als zu starke parteipolitische Belastung empfunden. Man sah deshalb in gewissen einflussreichen Kreisen keinen anderen Ausweg, als unter Umständen das nationalsozialistische Amtsbefugnis abzugeben und das jetzige Präsidialkabinett, eventuell auch ohne Umbildung, zum offenen Kampf vor den Reichstag treten zu lassen. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, spielte diese letztere Version in der Kabinettsbildung vor dem Verfassungstage eine bedeutende Rolle. Man fragte sich in dieser Sitzung: Was geschieht, wenn Hitler nicht Reichskanzler wird und die Nationalsozialisten dann grundsätzlich eine Delegation prominenter Persönlichkeiten ihrer Partei in das Kabinett ablehnen? Die oben geschilderte Möglichkeit schien dann als einziger Ausweg zu bleiben. Eventuell wollte man einen widerwärtigen Reichstag noch einmal auflösen.

Nach unseren Informationen erhob gegen eine derartige Auffassung der Lage bereits in der Kabinettsitzung General von Schleicher sehr energischen Einspruch. Er wies darauf hin, daß eine solche Lösung keine Lösung sei, weil sie die Nationalsozialisten von neuem von der Verantwortung fern hielte und sie in eine verhärtete Opposition hineintreiben müßte, die nur mit Anwendung aller staatlichen Machtmittel gewaltsam niedergebunden werden könnte. Der Einspruch General von Schleichers hatte zur Folge, daß im Reichskabinett bindende Beschlüsse irgendwelcher Art nicht gefaßt wurden. Der Reichsminister selbst wurde am folgenden Vormittag vom Reichspräsidenten empfangen, um hier seine von der Auffassung einzelner Persönlichkeiten der Reichsregierung vermittelte Auffassung persönlich vertreten zu können. In der Zwischenzeit war aber der Zentrumsvorstoß erfolgt, der zwar zum Teil von durchaus anderen Gesichtspunkten ausging, aber im Endziel die Meinung des Reichswehramts unterstützte. Die dadurch neu entstandene Lage bestimmt im Augenblick die weiteren Verhandlungen.

Die Auffassungen des Zentrums werden etwa von folgenden Überlegungen bestimmt: Auch nach seiner Meinung kommt die Übernahme des Reichskanzlerpostens durch Hitler in einem reinen Präsidialkabinett nicht in Frage, weil der Charakter einer Präsidialregierung ein derartiges, nationalsozialistisches Kurs steuerndes Kabinett allzusehr von der parlamentarischen Verantwortung entziehen würde. Es müssen deshalb reale Garantien eingeschaltet werden, die über bloße Zusicherungen und Versicherungen hinausgehen und sich nur auf den Boden einer parlamentarisch fundierten Koalitionsregierung beziehen lassen. Das Zentrum schlägt deshalb die Bildung eines regulären Mehrheitskabinetts unter Führung Adolf Hitlers vor, in dem auch Zentrum und Bayerische Volkspartei, eventuell sogar die Deutschnationalen, vertreten sind und das sich mit seinen Reformen von Fall zu Fall dem Reichstag zu stellen hätte. Parallel zu einem derartigen Reichskabinett könnte nach Auffassung des Zentrums ein ähnlich gestaltetes Kabinett in Preußen gebildet werden. Dadurch würde zwar die von der Regierung von Papen geforderte Personalunion zwischen Reich und Preußen zunächst wegfallen. Die Durchführung dieser Reform wäre aber kaum von sehr großer praktischer Bedeutung, da ja auf der einen Seite die gleiche Zielrichtung der Regierungen im Reich und Preußen durch

### Taktische Pause in den Regierungsverhandlungen.

Noch kein Zeitpunkt für den Empfang Hitlers.

#### Zentrum und Regierungsbildung

Berlin, 12. August.

Ueber die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern des Zentrums, den stellvertretenden Vorsitzenden Abgeordneten Joos-Köln und Staatspräsidenten Prälat Dr. Kaas, beim Reichspräsidenten erhoben hat: die sogenannte Totalablösung, d. h. die voll verantwortliche Einbeziehung der damaligen Opposition in die Reichsregierung. Nach Ansicht des Zentrums ergebe sich die Notwendigkeit eines solchen Einbaues in Konsequenz des Ergebnisses der letzten Reichstagswahlen ganz von selbst. Das Zentrum müsse absolut klare Verantwortlichkeiten verlangen; dazu gehöre namentlich die offene und volle Mitverantwortung der Nationalsozialistischen Partei. Es sei selbstverständlich, daß dabei die strikte Einhaltung verfassungsmäßiger Wege und Methoden gewährleistet und die neue Reichsregierung die lokale Zusammenarbeit mit der Volkvertretung wollen und pflegen müsse. Alle anderen Wege führen notwendigerweise auf Abwege und zu Experimenten, die mit der Verfassung nicht mehr zu vereinbaren seien.

Berlin. (Funkspruch.) Wie wir erfahren, ist bis jetzt noch kein Zeitpunkt für den Empfang Hitlers beim Reichskanzler und beim Reichspräsidenten festgelegt worden. In politischen Kreisen verlautet, daß Hitler noch nicht in Berlin ist und kaum heute in Berlin eintreffen dürfte. Es wird als möglich bezeichnet, daß der Empfang am morgigen Sonnabend vor sich geht. Aber auch das ist keineswegs sicher. Es ist schwer zu sagen, ob die Herzogin in irgend einem Zusammenhang mit dem überraschenden Vorstoß steht, den das Zentrum in der Frage der preussischen Regierungsbildung getrieben unternehmen hat. Besteht dieser Zusammenhang, so wäre es sogar denkbar, daß die Besprechung zwischen dem Kanzler und Hitler bis in die nächste Woche hinein verschoben wird, weil man dann überlegen kann, was bei der Fühlungsnahme zwischen dem Zentrum, den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen herausgefunden sein wird. In parlamentarisch eingestellten Kreisen bearbeitet man die Aussichten des Zentrumschrittes recht skeptisch. Die Überraschung einer Eintragung in der preussischen Frage ist möglich; sie würde den Versuch einer Mehrheitsbildung im Reich zur Folge haben. Sollten diese Bemühungen dagegen scheitern, so wäre die Feststellung der Unmöglichkeit einer parlamentarischen Regierungsbildung bereits vorweggenommen. Aus dem Empfang Hitlers würde sich dann die letzte Klärung ergeben müssen.

Die gleiche Koalitionsgestaltung verbürgt wäre und auf der anderen Seite die notwendige Zweidrittelmehrheit des Parlaments für die Durchführung der Personalunion so wenig sicher ist, daß man die Lösung dieses Problems gestrotzt auf ruhigere und weniger aufgeregte Zeiten verlagern kann. Der Vorstoß der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums hat also den Zweck, die reale Möglichkeit einer derartigen Koalitionsbildung zunächst in Preußen zu prüfen. Gelingt sie hier, dann steht nach Auffassung führender Zentrumskreise einer Ausdehnung dieser Koalition auf das Reich nichts im Wege.

Es ist nicht uninteressant, daß diese Bemühungen des Zentrums sich nicht nur mit Absichten des Generals von Schleicher begehen, sondern daß man auch im deutsch-nationalen Lager stark in dieser Richtung arbeitet, allerdings mit dem Vorbehalt, daß dabei die Deutschnationalen nicht ausgeschlossen, sondern in die neue Mehrheitskombination mit hineingezogen werden. Die Frage ist nur, ob sich ein solches Vorgehen mit den sehr persönlichen Wünschen des Reichspräsidenten nach einer starken, überparteilichen Präsidialregierung vereinbaren läßt. Schon jetzt warnen A. H. die Kreise hinter der D.N.Z.: „Die jetzige Lage hat zu einer an sich überraschenden Ueber einstimmung in den Absichten verschiedener Faktoren geführt, die sich noch vor kurzer Zeit auf das Schärfste befehdeten, sich aber jetzt, in der taktischen Abstimmung, eine Hitlerregierung herbeizuführen, begehen. Es bleibt abzuwarten, ob tatsächlich eine parlamentarische Annäherung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten zustandekommt und ob der Reichspräsident geneigt ist, eine solche Rückwärtsentwicklung in den staatspolitischen Machtverhältnissen mitzumachen.“ In der Tat hegen hier verschiedene gut unterrichtete Persönlichkeiten Befürchtungen. Aus dieser Richtung stammt das in den letzten Tagen in Berliner politischen Kreisen folpertierte Gerücht, daß der Reichspräsident absichtlich beabsichtige, wenn er seine eigene politische Auffassung nicht durchsetzen könne, die Regierung mit einem großen Fragezeichen wieder. Immerhin beweist es, wie hart auf hart gegenwärtig die politischen Eisen geschmiedet werden und welche Ueberraschungsmomente imponierbarer Art zur Diskussion gelangen. Das eine plötzliche Entscheidung in allen diesen Fragen fällt, wird nach wie vor für unwahrscheinlich gehalten. Große Bedeutung gebührt dem Zusammentreffen zwischen Adolf Hitler und dem Reichspräsidenten, das für Freitag angekündigt wurde, möglicherweise aber noch verschoben wird. Bis zu diesem Zusammentreffen sind nach der Auffassung aller politischen Kreise die Aussichten sämtlicher Verhandlungen offen.

#### Der „Tag“ zur Frage der Kabinettsumbildung.

Berlin. Zur Frage der Kabinettsumbildung bringt der „Tag“ in besonderer Aufmachung folgende Stellungnahme: Die ehrene Grundlage aller Ordnung und alles Seins ist die Staatsautorität. Ihren Zusammenbruch nennt man Revolution.

Das Kabinett von Papen — von Schleicher ist mit dem Ansprache aufgetreten, unabhängig vom Parlament das Bedürfnis der Staatsautorität zu vertreten. Das Kabinett beruht auf dem Gedanken, daß es neben der Macht der Gewählten, neben der Zahl noch einen anderen Machtfaktor in Deutschland gäbe.

Wenn das gegenwärtige Kabinett — oder die Mächte, die es gebildet haben — diese keine scharfbetonte Grundlage jetzt lassen sollte, so ist die Staatsautorität in Deutschland abermals gebrochen, das heißt, es vollzieht sich eine Revolution. Es dankt jemand ab. Ist dies der Staat von Weimar, der selbst eigentlich eine wirkliche Staatsautorität erlangen konnte? Oder ist es nicht vielmehr der Rest wirklicher Staatsautorität, der losgerissen immanent in den deutschen Herzen und in dem verbliebenen Ansehen der deutschen Ordnung lebte? Das ist dann eine Frage unheimlicher Zukunft. Aber jede ruhige volkspolitologische Betrachtung spricht für die letztere Wahrscheinlichkeit. Nichts ist in gewissen Zeiten gefährlicher als das Verschwinden des Geistes der Staatsautorität, wenn nicht der entsprechende Wille dahinter steht, der für die Durchführung des eingeleiteten Spiels sorgt.

Ungeheuerste nationale Mischschichten sind unter Bräutigam durch Verhallen der nationalen Kräfte von der Macht verpaßt worden. Reist hat man einen Zustand entstehen lassen, in dem die Begriffe Staatsautorität und nationaler Parteigang sich gegenüber stehen.

Es ist sehr schwer, noch einen Weg zu finden, der nicht entweder den Rest des Staatsgefüges oder die nationale Bewegung und damit gleichfalls den Kern deutscher Zukunft gefährdet. Es ist wieder einmal ein Augenblick der Weltgeschichte gekommen, in dem schwerste Entscheidungen in der Hand weniger Menschen liegen. Zweideutigkeit oder Leichtsinns wäre in solchen Augenblicken verwerflich. Darum muß deutlich gesagt werden: Wer den Begriff Staatsautorität verpfändet und damit aus dem Spiel gefaßt hat, muß den Weg finden, ihn zu wahren, auch wenn es schwer ist.

Die Reichslage des Zentrums, das die Hauptrolle an der gegenwärtigen Lage trägt, entspringen fernerlich weder dem Bedürfnisse, dem Staate noch der nationalen Bewegung zu helfen. Sie weisen im allgemeinen heute den Weg, den man nicht gehen darf.

#### Nach dem Schicksal der Deutschen Staatspartei.

Berlin. (Funkspruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Vds, meldet, wird Ende dieses Monats der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei und im Anschluß daran der Gesamtvorstand der Partei zusammentreten, um für die zukünftige Arbeit an und in der Staatspartei entscheidende Beschlüsse zu fassen. In staatsparteilichen Kreisen wird erklärt, daß die Partei als solche sich bei der letzten Reichstagswahl als durchaus lebensfähig erwiesen habe, da sie als einzige der Mittelparteien oder irgendwelche Vernetzungen sich habe einigermassen erhalten können. Der Parteiführer, Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dietrich, hat zur Zeit Berlin verlassen und einen kurzen Erholungsurlaub angetreten.